

## Beschluss Für eine niedersächsische Asyl- und Migrationspolitik der Humanität und Vernunft

Gremium: LDK  
Beschlussdatum: 12.11.2023  
Tagesordnungspunkt: 7. Für eine Niedersächsische Asyl- und Migrationspolitik der Humanität und Vernunft

### Antragstext

502 Mit dem Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine begann die größte Fluchtbewegung  
503 in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg. Doch nicht nur aus der Ukraine, sondern  
504 auch aus anderen Ländern wie Afghanistan oder Syrien suchen Menschen Schutz bei  
505 uns in Niedersachsen. Den damit einhergehenden Herausforderungen müssen wir uns  
506 stellen und Antworten bieten, die real existierende Probleme lösen.

507 Kriege, Armut, Repression und auch der Klimawandel zwingen viele dazu, einen  
508 sicheren Ort zu suchen. Dabei stehen für uns zwei Dinge im Vordergrund: Wir  
509 wollen unserem historischen Anspruch gerecht werden, den uns das Grundrecht auf  
510 Asyl mitgibt. Die individuelle Asylprüfung bleibt unantastbar. Zum anderen wollen  
511 wir Niedersachsen als Migrationsgesellschaft weiter gestalten. Deshalb werben  
512 wir für eine Kultur der Integration und Teilhabe ab dem ersten Tag, gemeinsam  
513 mit Unternehmen, Gewerkschaften, sozialen und kirchlichen Verbänden. So können  
514 wir der Realität gerecht werden, dass wir in den nächsten Jahren auf Zuwanderung  
515 angewiesen sein werden. Wir setzen uns ein für eine offene und liberale  
516 Migrationsgesellschaft in Einklang mit der Genfer Flüchtlingskonvention und Asyl  
517 im Grundgesetz. Menschen auf der Flucht dürfen nicht kriminalisiert und  
518 entrechtet werden. Wir GRÜNE in Niedersachsen stehen für eine humane und  
519 vernünftige Asylpolitik, keine Scheinlösungen. Wir GRÜNE in Niedersachsen stehen  
520 für eine humane und vernünftige Asylpolitik, keine Scheinlösungen.

521 Das Grundrecht auf Asyl verteidigen und Integration und Teilhabe erleichtern

522 Niedersachsen ist ein weltoffenes Einwanderungsland und war es schon immer. Wir  
523 möchten allen Menschen ermöglichen, frei von Angst und Diskriminierung in einem  
524 Bundesland der Chancengleichheit leben zu können. Den jetzigen wie den kommenden  
525 Herausforderungen in der Aufnahme müssen wir gerecht werden. Auch wenn wir aus  
526 Niedersachsen heraus nicht die weltpolitische Lage bedeutend verändern können,  
527 tragen wir dennoch unseren Teil dazu bei. Als GRÜNE in Niedersachsen leisten wir  
528 mit Sachpolitik und handfesten Vorschlägen einen Beitrag, der den teils  
529 überhitzten Diskurs auf feste Beine stellen soll. In diesem Sinne begrüßen wir  
530 es, dass die Ministerpräsident\*innenkonferenz eine Einigung für eine höhere  
531 Finanzierungsbeteiligung des Bundes an der Geflüchtetenunterbringung,  
532 Verwaltungsvereinfachungen und die Digitalisierung erzielt hat. Die Menschen  
533 erwarten von der Politik Antworten auf die Herausforderungen im Land und dass  
534 wir gemeinsam konsequente Schritte zur Lösung gehen. Die Debatte ist aber häufig  
535 geprägt von unwirksamen Scheinlösungen und massiven Grundrechtseingriffen in den  
536 Schutz von Geflüchteten. Der Beschluss der Ministerpräsident\*innenkonferenz löst  
537 mit der Verschlechterung von Sozialleistungen und Diskussionen über  
538 Asylverfahren außerhalb der EU keine Probleme der Kommunen. Diese Teile des  
539 Beschlusses sind mit unserem Grundrechtsverständnis nicht vereinbar, verschärfen  
540 soziale Probleme und belasten damit die Kommunen noch obendrauf. Wir stellen uns  
541 klar gegen diskriminierende Bezahlkartensysteme, die ebenfalls mit unserem  
542 Rechtssystem unvereinbar sind.

543

544 Die Niedersächsischen Gemeinden und Landkreise leisten Großartiges und verdienen  
545 unsere breite Unterstützung bei der Aufnahme von Geflüchteten. Und auch ohne das  
546 große Engagement unzähliger Freiwilliger, Vereinen und Hilfsorganisationen würde  
547 die aktuelle Herausforderung nicht zu meistern sein. Ihnen allen gilt unser  
548 großer Dank und unsere Wertschätzung. Diese Leistung muss gewürdigt und  
549 unterstützt werden.

550 Unsere niedersächsischen Kommunen sind zu einem großen Teil in  
551 Haushaltssicherungskonzepte gerutscht, da sie ihre vielzähligen Aufgaben kaum  
552 noch ausfinanzieren können. Doch sie sind es, die diese Integrations- und  
553 Teilhabeleistungen vor Ort umsetzen und wo Menschen auf der Flucht ankommen.  
554 Neben der finanziellen Notlage fehlt es auch an kurzfristig verfügbarem  
555 Wohnraum, Kitaplätzen und Lehrkräften. Kommunen brauchen Planungssicherheit und  
556 einfachere Verfahren. Wir nehmen diese Gestaltungsaufgabe weiter an und arbeiten  
557 an Lösungen, die unmittelbar und tatsächlich zur Erleichterung der Situation  
558 beitragen.

559 Wir stellen fest, dass eine gute Asylpolitik nur durch ein enges Zusammenspiel  
560 aller politischen Ebenen und einem klaren Bekenntnis aller Parteien zu der Suche  
561 nach Lösungen anstatt eines weiteren Aufheizens der Situation gelingen kann.  
562 Dieses muss durch konstruktive anstatt vermeintlich einfache Lösungen geschehen,  
563 die der komplexen Realität gerecht werden. So schaffen wir eine Asyl- und  
564 Migrationspolitik, die dauerhaft Humanität und Vernunft verantwortungsvoll und  
565 solidarisch zusammenbringt. Der Wettlauf um die radikalste Forderung, die am  
566 Ende keine Herausforderung löst, aber politisch Rechtsextreme stärkt, muss  
567 beendet werden.

568

569 Schutz statt Scheinlösungen

570 Um tatsächlich Entlastung für Kommunen zu schaffen, helfen keine Scheinlösungen  
571 wie unwirksame Grenzkontrollen, Sachleistungen oder der Fokus auf Abschiebungen,  
572 denen in der Regel wirksame Rechtsgründe und menschenrechtliche Standards  
573 entgegenstehen. Kommunen müssen strukturell in ihren Finanzen besser aufgestellt  
574 werden, um allen Aufgaben gerecht werden zu können. Überforderte und  
575 unterfinanzierte Kommunen vor Ort gefährden letztendlich demokratische Prozesse  
576 und erschüttern das Vertrauen in die Demokratie.

577 Es braucht ein klares Bekenntnis aller Ebenen, unsere Kommunen mit dieser  
578 Herausforderung nicht alleine zu lassen. Wir setzen uns deshalb dafür ein, im  
579 Rahmen der Landeskoalition sowie der Bund-Länder-Abstimmungen alle Möglichkeiten  
580 zu prüfen und zu unterstützen, die Kommunen real entlasten. Ein erster Erfolg  
581 ist die Einigung im Rahmen der Bund-Länder-Gespräche, dass Kommunen eine  
582 verlässliche Unterstützung bei der Finanzierung der Aufnahme, Versorgung und  
583 Integration bekommen. In Niedersachsen unterstützt das Land darüber hinaus,  
584 insbesondere auch weiterhin bei der Vorhaltung von Kapazitäten. Es ist ein  
585 wichtiger Schritt, dass auch der Bund hier jetzt mehr leistet und dass es den  
586 Einstieg in ein atmendes System gibt. Dafür hat sich die Landesregierung  
587 erfolgreich stark gemacht.

588 Neben der Versorgung von geflüchteten Menschen muss sich das Land auch  
589 innenpolitisch auf die Aufnahme von angeworbenen Fachkräften vorbereiten, die  
590 ebenfalls einen Integrations- und Teilhabebedarf haben. Auch hierfür werden in  
591 den nächsten Jahren Kita-Plätze, Wohnungen und Integrationskurse gebraucht.

592 Wir möchten den Kommunen langfristige Planungssicherheit geben. Das geht nicht  
593 im Sechs-Monats-Rhythmus, sondern braucht längerfristige Sicherheit. Im Zentrum  
594 steht für uns eine bessere und verlässliche Grundfinanzierung von Kommunen bei  
595 der Aufnahme. Die Einführung der pro-Kopf-Pauschale ist hierfür ein erster  
596 richtiger Schritt und stellt einen echten Systemwechsel dar, den wir  
597 grundsätzlich begrüßen. Zur pro-Kopf-Pauschale soll ein Bundes-Investitionsfond  
598 eingeführt werden, der aus Mitteln des Bundes gefüllt wird. Aus diesem Fonds  
599 sollen langfristige Investitionen getätigt werden, die im Zusammenhang mit der  
600 kommunalen Aufnahme von geflüchteten Menschen stehen.

601 Zusätzliche Kitas und Schulräume werden durch die Aufnahme insbesondere vieler  
602 aus der Ukraine geflüchteter Menschen dringend benötigt. Wir schlagen vor, dass  
603 für diese besonderen Maßnahmen auch Mittel aus dem europäischen Asyl-,  
604 Migrations, und Integrationsfonds (AMIF) beantragt werden sollen. Damit würde  
605 jeder in ein Projekt investierte Euro durch EU-Mittel verneunfacht. Dies ist ein  
606 enormer Hebel, der bisher weitestgehend ungenutzt bleibt.

607 Die Verteilung in Niedersachsen ist nicht gleichmäßig, denn jede Kommune hat  
608 ihre eigenen Kapazitäten. Denjenigen, die in der Vergangenheit vorgesorgt haben  
609 oder jetzt besonders viel leisten, möchten wir mit einer Sonderzuweisung helfen.  
610 So können sich die lokalen Entscheidungsträger\*innen wieder auf das  
611 konzentrieren, was gerade gebraucht wird.

612 Zur Entlastung der Ausländerbehörden trägt schon jetzt der im  
613 Chancenaufenthaltsrecht angelegte Spurwechsel bei. Den Spurwechsel wollen wir  
614 ausweiten, denn damit können Menschen in die Erwerbsmigration wechseln. Auch die  
615 Reduzierung von Vorspracheterminen und eine bundesweit einheitliche digitale  
616 Aktenführung wären ein entscheidender Beitrag zur Entlastung. Das ist eine  
617 vernünftige und zielführende Maßnahme, im Gegenteil zur Kürzung von  
618 Sozialleistungen – denn dadurch würde die Zahl der Geflüchteten nicht sinken,  
619 aber es würden soziale Probleme verschärft.

620 Über die Verwendung der Gelder, die vom Bund den Ländern zur Verfügung gestellt  
621 wurden, muss Transparenz hergestellt werden. Die niedersächsische  
622 Landesregierung informiert transparent über die Verwendung der Mittel. Das  
623 Bundesland Bayern hat bisher nur einen Bruchteil der Unterstützung des Bundes an  
624 die Kommunen weitergegeben. Wir möchten deshalb eine Transparenzpflicht  
625 einführen, wie die Mittel des Bundes verwendet werden. Wir hoffen, dass Bayern  
626 ein Einzelfall bleibt.

627 Ankommen erleichtert: Für mehr Teilhabe ab dem ersten Tag

628 Wir wollen, dass Niedersachsen ein wirtschaftlich starkes Land bleibt.  
629 Integration und Teilhabe, Sprachförderung, Aus- und Weiterbildung sowie die  
630 Erleichterung der Anerkennung von Abschlüssen bewirken, dass in naher Zukunft  
631 das ganze Land profitiert. Ein wichtiger Baustein für unsere lokale Wirtschaft  
632 sind Arbeits- und Fachkräfte, für die wir ein attraktives Ziel sein müssen.  
633 Darin sind sich Ökonom\*innen, aber auch Handwerksbetriebe und Unternehmen einig,  
634 die dringend Mitarbeitende und Auszubildende brauchen. Auch die öffentlichen  
635 Kassen werden entlastet, wenn Menschen ihren Lebensunterhalt selbst verdienen  
636 können. Dies scheitert nicht am Willen der Zugewanderten, eine Tätigkeit  
637 aufzunehmen, sondern an rechtlichen Hürden. Wir setzen uns deshalb dafür ein,  
638 dass Geflüchtete ab dem 1. Tag nach der dreimonatigen Wartefrist arbeiten dürfen  
639 und dass Arbeitsverbote abgeschafft werden.

640 Zusätzlich müssen Anerkennungs- und Qualifizierungsberatungen als ein  
641 wesentliches Instrument zur Arbeitsmarktintegration von internationalen  
642 Fachkräften gesetzlich verankert werden. Doch darüber hinaus brauchen wir auch  
643 die benötigte und politisch gewollte Willkommenskultur vor Ort.

644 Niedersachsen ist ein offenes und vielfältiges Bundesland, das die nötigen  
645 Vorkehrungen dafür trifft, damit dieses Zusammenleben in Vielfalt gelingt. Die  
646 meisten Menschen, die zu uns gekommen sind, werden bleiben. Eine  
647 verantwortungsvolle Politik schafft darum die Möglichkeit für eine schnelle und  
648 langfristig gelingende Integration und Teilhabe in die Gesellschaft und in den  
649 Arbeitsmarkt. Dafür muss es eine gemeinsame, verbindliche Verständigung aller  
650 Beteiligten darüber geben, wie das gelingen kann.

651 Im Rahmen der Vorschläge durch die Ministerpräsident\*innenkonferenz fordern wir  
652 eine breite Beteiligung der Zivilgesellschaft und Wissenschaft in der Kommission  
653 des MPK-Beschlusses.

654 Verschiedenen Studien sind mit dem Versuch gescheitert, den Nachweis zu  
655 erbringen, dass Menschen durch weniger Sozialleistungen nicht nach Deutschland  
656 kommen, Durch Sachleistungen werden den Kommunen zudem weitere bürokratische  
657 Aufgaben auferlegt, dadurch bleiben Probleme ungelöst und Behörden werden  
658 überfordert. Stattdessen müssen Verfahren digitalisiert und vereinfacht werden.  
659 Wie es gehen kann, zeigt Oberbürgermeister Belit Onay mit der Socialcard. Die  
660 geplanten Einschränkungen bei den Leistungen für Asylbewerber\*innen in den  
661 ersten drei Jahren werden zur Konsequenz haben, dass zum Beispiel Familien mit  
662 Kindern in dieser Zeit geringere Integrationsleistungen bekommen als mit dem  
663 Bürgergeld. Damit wird Integration und Teilhabe verhindert.

664 Die Einwanderungs- und Ausländerbehörden in Niedersachsen sowie die  
665 Verwaltungsgerichte müssen personell besser aufgestellt werden und brauchen  
666 Vereinfachung sowie Rechtssicherheit, um Verfahren zu beschleunigen und Engpässe  
667 zu beheben. Auch hierbei spielt die Digitalisierung eine große Rolle.  
668 Migrationsstrukturen auf Landesebene und auf kommunaler Ebene sollen gestärkt  
669 werden. Die großartige Leistung der Migrationsberatungen in Niedersachsen ist  
670 von unschätzbarem Wert. Ihre Arbeit soll dauerhaft auskömmlich finanziert sein.  
671 Auch die unabhängige Asylverfahrensberatung muss ausgebaut und verstetigt  
672 werden.

673 Ein zentraler Baustein der Bundesebene wird sein, Migrationsabkommen auf  
674 Augenhöhe mit den Herkunftsstaaten zu schließen. So bleiben auch vielen Menschen  
675 gefährliche Fluchtrouten erspart. Wir lehnen die Durchführung von Asylverfahren  
676 außerhalb Europas ab. Diese sind völker- und europarechtlich nicht  
677 durchführbar. Wir begrüßen ausdrücklich, dass es hierzu aus Niedersachsen eine  
678 entsprechende Protokollnotiz in der Bund-Länder-Runde gibt. Menschen werden aus  
679 vielfältigen Gründen auch nach ihrem Asylverfahren nicht zurückgeführt. Diese  
680 Gründe sind so vielfältig, wie die Menschen, die sie betreffen. In vielen  
681 Staaten kann zum Beispiel, obwohl kein rechtlicher Asylgrund vorliegt, aus  
682 humanitären Gründen nicht abgeschoben werden. Menschen, die unmittelbar  
683 ausreisepflichtig sind, müssen zurückgeführt werden. Wie bereits im  
684 niedersächsischen Koalitionsvertrag beschrieben, steht für uns die freiwillige  
685 Ausreise an erster Stelle. Sind Abschiebungen unvermeidbar, gelten die  
686 humanitären Grundsätze und die Berücksichtigung u.a. des Kindeswohls und der

687 größtmögliche Verzicht auf die oft unverhältnismäßige Anwendung von Haft. Dies  
688 ist unser unverrückbarer Grundsatz.

689 Niemand verlässt seine Heimat ohne triftigen Grund. Menschen verlassen ihr  
690 Zuhause aufgrund von Konflikten, Krisen oder politischer Verfolgung. Ihr Leid  
691 und ihre Flucht und ihre Menschenwürde ist nicht zu relativieren. Den  
692 menschenrechtswidrigen Umgang mit Geflüchteten an den europäischen Außengrenzen  
693 verurteilen wir und setzen uns dafür ein, dass Menschenrechte eingehalten  
694 werden. Dafür ist eine starke zivile und auch staatlich koordinierte  
695 Seenotrettung erforderlich.

696 Als GRÜNE sind zwei unserer Herzensthemen, Klima und Demokratie, zentrale  
697 Bausteine, um Fluchtursachen effektiv zu bekämpfen. Wir setzen uns für die  
698 nachhaltigen Entwicklungsziele und humanitäre Unterstützung in betroffenen  
699 Regionen ein, die regionale und bedarfsgerechte Lösungsansätze kooperativ mit  
700 der Expertise der Menschen vor Ort entwickelt. Wir wissen, dass nicht alle  
701 Krisen erfolgreich beendet werden können. Wer in Niedersachsen Schutz findet,  
702 soll von uns jede Unterstützung für den Beginn eines neuen Lebens, der  
703 gesellschaftlichen Teilhabe und Mitbestimmung bekommen. Für Niedersachsen bleibt  
704 der Schutz des einzelnen Menschen mit seinen Bedürfnissen nach Schutz und  
705 Sicherheit der Ausgangspunkt jedes politischen Handelns.

# A1 Für eine niedersächsische Asyl- und Migrationspolitik der Humanität und Vernunft

Gremium: Landesvorstand

Beschlussdatum: 08.11.2023

Tagesordnungspunkt: 7. Für eine Niedersächsische Asyl- und Migrationspolitik der Humanität und Vernunft

## Antragstext

1 Mit dem Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine begann die größte Fluchtbewegung  
2 in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg. Doch nicht nur aus der Ukraine, sondern  
3 auch aus anderen Ländern wie Afghanistan oder Syrien suchen Menschen Schutz bei  
4 uns in Niedersachsen. Den damit einhergehenden Herausforderungen müssen wir uns  
5 stellen und Antworten bieten, die real existierende Probleme lösen.

6 Kriege, Armut, Repression und auch der Klimawandel zwingen viele dazu, einen  
7 sicheren Ort zu suchen. Dabei stehen für uns zwei Dinge im Vordergrund: Wir  
8 wollen unserem historischen Anspruch gerecht werden, den uns das Grundrecht auf  
9 Asyl mitgibt. Die individuelle Asylprüfung bleibt unantastbar. Zum anderen wollen  
10 wir Niedersachsen als Einwanderungsland weiter gestalten. Deshalb werben wir für  
11 eine Kultur der Integration ab dem ersten Tag, gemeinsam mit Unternehmen,  
12 Gewerkschaften, sozialen und kirchlichen Verbänden. So können wir der Realität  
13 gerecht werden, dass wir in den nächsten Jahren auf Zuwanderung angewiesen sein  
14 werden. Wir setzen uns ein für eine offene und liberale Einwanderungs- und  
15 Arbeitsmarktpolitik in Einklang mit der Genfer Flüchtlingskonvention und Asyl im  
16 Grundgesetz. Menschen auf der Flucht dürfen nicht kriminalisiert und entrechtet  
17 werden. Wir GRÜNE in Niedersachsen stehen für eine humane und vernünftige  
18 Asylpolitik, keine Scheinlösungen. Wir GRÜNE in Niedersachsen stehen für eine  
19 humane und vernünftige Asylpolitik, keine Scheinlösungen.

20 Das Grundrecht auf Asyl verteidigen und Integration erleichtern

21 Niedersachsen ist ein weltoffenes Einwanderungsland und war es schon immer. Wir  
22 möchten allen Menschen ermöglichen, frei von Angst und Diskriminierung in einem  
23 Bundesland der Chancengleichheit leben zu können. Den jetzigen wie den kommenden  
24 Herausforderungen in der Aufnahme müssen wir gerecht werden. Auch wenn wir aus  
25 Niedersachsen heraus nicht die weltpolitische Lage bedeutend verändern können,  
26 tragen wir dennoch unseren Teil dazu bei. Als GRÜNE in Niedersachsen leisten wir  
27 mit Sachpolitik und handfesten Vorschlägen einen Beitrag, der den teils  
28 überhitzten Diskurs auf feste Beine stellen soll. In diesem Sinne begrüßen wir  
29 es grundsätzlich, dass es einen Pakt von Bund und Ländern für eine höhere  
30 Finanzierung gibt, auch wenn wir GRÜNE uns in vielen Bereichen andere Lösungen  
31 gewünscht hätten, wie bei der Verschlechterung bei den Leistungen für  
32 Asylsuchende oder der Einführung einer Bezahlkarte. Die Menschen erwarten von  
33 der Politik Antworten auf die Herausforderungen im Land und dass wir gemeinsam  
34 konsequente Schritte zur Lösung gehen. Hier bietet der verhandelte Pakt nun eine  
35 Grundlage, die im Ringen um die besten Wege geeint wurde.

36  
37 Die Niedersächsischen Gemeinden und Landkreise leisten Großartiges und verdienen  
38 unsere breite Unterstützung bei der Aufnahme von Geflüchteten. Und auch ohne das  
39 große Engagement unzähliger Freiwilliger, Vereinen und Hilfsorganisationen würde  
40 die aktuelle Herausforderung nicht zu meistern sein. Ihnen allen gilt unser

41 großer Dank und unsere Wertschätzung. Diese Leistung muss gewürdigt und  
42 unterstützt werden.

43 Unsere niedersächsischen Kommunen sind zu einem großen Teil in  
44 Haushaltssicherungskonzepte gerutscht, da sie ihre vielzähligen Aufgaben kaum  
45 noch ausfinanzieren können. Doch sie sind es, die diese Integrationsleistung vor  
46 Ort umsetzen und wo Menschen auf der Flucht ankommen. Neben der finanziellen  
47 Notlage fehlt es auch an kurzfristig verfügbarem Wohnraum, Kitaplätzen und  
48 Lehrkräften. Kommunen brauchen Planungssicherheit und einfachere Verfahren. Wir  
49 nehmen diese Gestaltungsaufgabe weiter an und arbeiten an Lösungen, die  
50 unmittelbar und tatsächlich zur Erleichterung der Situation beitragen.  
51 Wir stellen fest, dass eine gute Asylpolitik nur durch ein enges Zusammenspiel  
52 aller politischen Ebenen und einem klaren Bekenntnis aller Parteien zu der Suche  
53 nach Lösungen anstatt eines weiteren Aufheizens der Situation gelingen kann.  
54 Dieses muss durch konstruktive anstatt vermeintlich einfache Lösungen geschehen,  
55 die der komplexen Realität gerecht werden. So schaffen wir eine Asyl- und  
56 Migrationspolitik, die dauerhaft Humanität und Vernunft verantwortungsvoll und  
57 solidarisch zusammenbringt. Der Wettlauf um die radikalste Forderung, die am  
58 Ende keine Herausforderung löst, aber politisch Rechtsextreme stärkt, muss  
59 beendet werden.

#### 60 61 Schutz statt Scheinlösungen

62 Um tatsächlich Entlastung für Kommunen zu schaffen, helfen keine Scheinlösungen  
63 wie unwirksame Grenzkontrollen, Sachleistungen oder der Fokus auf Abschiebungen,  
64 denen in der Regel wirksame Rechtsgründe und menschenrechtliche Standards  
65 entgegenstehen. Kommunen müssen strukturell in ihren Finanzen besser aufgestellt  
66 werden, um allen Aufgaben gerecht werden zu können. Überforderte und  
67 unterfinanzierte Kommunen vor Ort gefährden letztendlich demokratische Prozesse  
68 und erschüttern das Vertrauen in die Demokratie.

69 Es braucht ein klares Bekenntnis aller Ebenen, unsere Kommunen mit dieser  
70 Herausforderung nicht alleine zu lassen. Wir setzen uns deshalb dafür ein, im  
71 Rahmen der Landeskoalition sowie der Bund-Länder-Abstimmungen alle Möglichkeiten  
72 zu prüfen und zu unterstützen, die Kommunen real entlasten. Ein erster Erfolg  
73 ist die Einigung im Rahmen der Bund-Länder-Gespräche, dass Kommunen eine  
74 verlässliche und auskömmliche Unterstützung bei der Finanzierung der Aufnahme,  
75 Versorgung und Integration, inklusive der Vorhaltekosten bekommen. Es ist ein  
76 wichtiger Schritt, dass der Bund hier jetzt mehr leistet und dass es den  
77 Einstieg in ein atmendes System gibt. Dafür hat sich die Landesregierung  
78 erfolgreich stark gemacht.

79 Neben der Versorgung von geflüchteten Menschen muss sich das Land auch  
80 innenpolitisch auf die Aufnahme von angeworbenen Fachkräften vorbereiten, die  
81 ebenfalls einen Integrationsbedarf haben. Auch hierfür werden in den nächsten  
82 Jahren Kita-Plätze, Wohnungen und Integrationskurse gebraucht.

83 Wir möchten den Kommunen langfristige Planungssicherheit geben. Das geht nicht  
84 im Sechs-Monats-Rhythmus, sondern braucht längerfristige Sicherheit.

85 Im Zentrum steht für uns eine bessere und verlässliche Grundfinanzierung von

86 Kommunen bei der Aufnahme.

87 Die Einführung der pro-Kopf-Pauschale ist hierfür ein erster richtiger Schritt  
88 und stellt einen echten Systemwechsel dar, den wir grundsätzlich begrüßen. Zur

89 pro-Kopf-Pauschale soll ein Bundes-Investitionsfond eingeführt werden, der aus  
90 Mitteln des Bundes gefüllt wird. Aus diesem Fonds sollen langfristige  
91 Investitionen getätigt werden, die im  
92 Zusammenhang mit der kommunalen Aufnahme von geflüchteten Menschen stehen.  
93 Zusätzliche Kitas und Schulräume werden durch die Aufnahme insbesondere vieler  
94 aus der Ukraine geflüchteter Menschen dringend benötigt. Wir schlagen vor, dass  
95 für diese besonderen  
96 Maßnahmen auch Mittel aus dem europäischen Asyl-, Migrations, und  
97 Integrationsfonds (AMIF) beantragt werden sollen. Damit würde jeder in ein  
98 Projekt investierte Euro durch EU-Mittel verneunfacht. Dies ist ein enormer  
99 Hebel, der bisher weitestgehend ungenutzt bleibt.

100 Die Verteilung in Niedersachsen ist nicht gleichmäßig, denn jede Kommune hat  
101 ihre eigenen Kapazitäten. Denjenigen, die in der Vergangenheit vorgesorgt haben  
102 oder jetzt besonders viel leisten, möchten wir mit einer Sonderzuweisung helfen.  
103 So können sich die lokalen Entscheidungsträger\*innen wieder auf das  
104 konzentrieren, was gerade gebraucht wird.

105 Zur Entlastung der Ausländerbehörden trägt schon jetzt der im  
106 Chancenaufenthaltsrecht angelegte Spurwechsel bei. Den Spurwechsel wollen wir  
107 ausweiten, denn damit können Menschen in die Erwerbsmigration wechseln. Auch die  
108 Reduzierung von Vorspracheterminen und eine bundesweit einheitliche digitale  
109 Aktenführung wären ein entscheidender Beitrag zur Entlastung. Das ist eine  
110 vernünftige und zielführende Maßnahme, im Gegenteil zur Kürzung von  
111 Sozialleistungen – denn dadurch würde die Zahl der Geflüchteten nicht sinken,  
112 aber es würden soziale Probleme verschärft.

113 Über die Verwendung der Gelder, die vom Bund den Ländern zur Verfügung gestellt  
114 wurden, muss Transparenz hergestellt werden. Die niedersächsische  
115 Landesregierung informiert transparent über die Verwendung der Mittel. Das  
116 Bundesland Bayern hat bisher nur einen Bruchteil der Unterstützung des Bundes an  
117 die Kommunen weitergegeben. Wir möchten deshalb eine Transparenzpflicht  
118 einführen, wie die Mittel des Bundes verwendet werden. Wir hoffen, dass Bayern  
119 ein Einzelfall bleibt.

120 Ankommen erleichtert: Für mehr Teilhabe ab dem ersten Tag  
121 Wir wollen, dass Niedersachsen ein wirtschaftlich starkes Land bleibt.  
122 Integration, Sprachförderung, Aus- und Weiterbildung sowie die Erleichterung der  
123 Anerkennung von Abschlüssen bewirken, dass in naher Zukunft das ganze Land  
124 profitiert. Ein wichtiger Baustein für unsere lokale Wirtschaft sind Arbeits-  
125 und Fachkräfte, für die wir ein attraktives Ziel sein müssen. Darin sind sich  
126 Ökonom\*innen, aber auch Handwerksbetriebe und Unternehmen einig, die dringend  
127 Mitarbeitende und Auszubildende brauchen. Auch die öffentlichen Kassen werden  
128 entlastet, wenn Menschen ihren Lebensunterhalt selbst verdienen können. Dies  
129 scheitert nicht am Willen der Zugewanderten, eine Tätigkeit aufzunehmen, sondern  
130 an rechtlichen Hürden. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass Geflüchtete ab dem  
131 1. Tag nach der dreimonatigen Wartefrist arbeiten dürfen und dass Arbeitsverbote  
132 abgeschafft werden.  
133 Zusätzlich müssen Anerkennungs- und Qualifizierungsberatungen als ein  
134 wesentliches Instrument zur Arbeitsmarktintegration von internationalen



135 Fachkräften gesetzlich verankert werden. Doch darüber hinaus brauchen wir auch  
136 die benötigte und politisch gewollte Willkommenskultur vor Ort.

137 Niedersachsen ist ein offenes und vielfältiges Bundesland, das die nötigen  
138 Vorkehrungen dafür trifft, damit dieses Zusammenleben in Vielfalt gelingt. Die  
139 meisten Menschen, die zu uns gekommen sind, werden bleiben. Eine  
140 verantwortungsvolle Politik schafft darum die Möglichkeit für eine schnelle und  
141 langfristig gelingende Integration in die Gesellschaft und in den Arbeitsmarkt.  
142 Dafür muss es eine gemeinsame, verbindliche Verständigung aller Beteiligten  
143 darüber geben, wie das gelingen kann.

144 Im Rahmen der Vorschläge durch die Ministerpräsident\*innenkonferenz fordern wir  
145 eine breite Beteiligung der Zivilgesellschaft und Wissenschaft in der Kommission  
146 des MPK-Beschlusses.

147 Verschiedenen Studien sind mit dem Versuch gescheitert, den Nachweis zu  
148 erbringen, dass Menschen durch weniger Sozialleistungen nicht nach Deutschland  
149 kommen, Durch Sachleistungen werden den Kommunen zudem weitere bürokratische  
150 Aufgaben auferlegt, dadurch bleiben Probleme ungelöst und Behörden werden  
151 überfordert. Stattdessen müssen Verfahren digitalisiert und vereinfacht werden.  
152 Wie es gehen kann, zeigt Oberbürgermeister Belit Onay mit der Socialcard. Die  
153 geplanten Einschränkungen bei den Leistungen für Asylbewerber\*innen in den  
154 ersten drei Jahren werden zur Konsequenz haben, dass zum Beispiel Familien mit  
155 Kindern in dieser Zeit geringere Integrationsleistungen bekommen als mit dem  
156 Bürgergeld. Damit wird Integration verhindert.

157 Die Einwanderungs- und Ausländerbehörden in Niedersachsen sowie die  
158 Verwaltungsgerichte müssen personell besser aufgestellt werden und brauchen  
159 Vereinfachung sowie Rechtssicherheit, um Verfahren zu beschleunigen und Engpässe  
160 zu beheben. Auch hierbei spielt die Digitalisierung eine große Rolle.  
161 Migrationsstrukturen auf Landesebene und auf kommunaler Ebene sollen gestärkt  
162 werden. Die großartige Leistung der Migrationsberatungen in Niedersachsen ist  
163 von unschätzbarem Wert. Ihre Arbeit soll dauerhaft auskömmlich finanziert sein.  
164 Auch die unabhängige Asylverfahrensberatung muss ausgebaut und verstetigt  
165 werden.

166 Ein zentraler Baustein der Bundesebene wird sein, Migrationsabkommen auf  
167 Augenhöhe mit den Herkunftsstaaten zu schließen. So bleiben auch vielen Menschen  
168 gefährliche Fluchtrouten erspart. Wir lehnen die Durchführung von Asylverfahren  
169 außerhalb Europas ab. Diese sind Völker- und europarechtlich nicht  
170 durchführbar. Wir begrüßen ausdrücklich, dass es hierzu aus Niedersachsen eine  
171 entsprechende Protokollnotiz in der Bund-Länder-Runde gibt. Wer nach  
172 sorgfältiger Prüfung keinen Anspruch auf Asyl hat, muss zügig in das  
173 Herkunftsland zurückgeführt werden. Wie bereits im niedersächsischen  
174 Koalitionsvertrag beschrieben, steht für uns die freiwillige Ausreise an erster  
175 Stelle. Sind Abschiebungen unvermeidbar, gelten die humanitären Grundsätze und  
176 die Berücksichtigung u.a. des Kindeswohls und der größtmögliche Verzicht auf die  
177 oft unverhältnismäßige Anwendung von Haft. Dies ist unser unverrückbarer  
178 Grundsatz.

179 Niemand verlässt seine Heimat ohne triftigen Grund. Menschen verlassen ihr  
180 Zuhause aufgrund von Konflikten, Krisen oder politischer Verfolgung. Ihr Leid  
181 und ihre Flucht und ihre Menschenwürde ist nicht zu relativieren. Den  
182 menschenrechtswidrigen Umgang mit Geflüchteten an den europäischen Außengrenzen

183 verurteilen wir und setzen uns dafür ein, dass Menschenrechte eingehalten  
184 werden. Dafür ist eine starke zivile und auch staatlich koordinierte  
185 Seenotrettung erforderlich.

186 Als GRÜNE sind zwei unserer Herzensthemen, Klima und Demokratie, zentrale  
187 Bausteine, um Fluchtursachen effektiv zu bekämpfen. Wir setzen uns für die  
188 nachhaltigen Entwicklungsziele und humanitäre Unterstützung in betroffenen  
189 Regionen ein. Wir wissen, dass nicht alle Krisen erfolgreich beendet werden  
190 können. Wer in Niedersachsen Schutz findet, soll von uns jede Unterstützung für  
191 den Beginn eines neuen Lebens, der gesellschaftlichen Teilhabe und Mitbestimmung  
192 bekommen. Für Niedersachsen bleibt der Schutz des einzelnen Menschen mit seinen  
193 Bedürfnissen nach Schutz und Sicherheit der Ausgangspunkt jedes politischen  
194 Handelns.